

Die Chinapolitik des Westens - Zwischen strategischer Konkurrenz und Kooperation

8. Außenpolitische Jahrestagung der Heinrich Böll Stiftung, Berlin, 6.-7. September 2007

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist seit 1996 in China engagiert. Endlich, nach über 10 Jahren, gelang es, eine eigene Vertretung in Peking durchzusetzen. Von sensiblen Themenfeldern wie der Situation in Tibet nimmt man heute Abstand, statt dessen stehen die drei Themenfelder Ökologie, Frauenpolitik sowie der Aufbau einer Zivilgesellschaft im Vordergrund.

Die achte außenpolitische Jahrestagung der HBS fand unter dem Titel „Die Chinapolitik des Westens: Zwischen strategischer Konkurrenz und Kooperation“ statt und hat sich erklärtermaßen zum Ziel gesetzt, die Chinapolitik „des Westens“ im Hinblick auf grundlegende Werte, Interessen und strategische Einschätzungen zu überprüfen und neu zu diskutieren. Die „chinesische Sicht“ sollte dabei besonders zur Geltung gebracht werden. Die zwei definitorisch nicht zu klärenden Worthülsen „Der Westen“ und „Die chinesische Sicht“ provozierten zur Gegenrede, allerdings nur insofern sich die Referenten ausbedungen, ausschließlich aus ihrer ganz persönlichen Sicht vortragen zu können.

Es wurde viel geboten - vier thematische Panel, besetzt mit hochkarätigen Spezialisten, drei Workshops und eine Abschlussrede des soeben nach Deutschland zurückgekehrten Botschafters Volker Stanzel. Die Redebeiträge ließen genug Zeit für den Gedanken- und Meinungs austausch unter den ca. 300 Anwesenden aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die einleitenden Worte des Vorstands der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, der auch im Namen der Vorstandschefin Barbara Unmüßig sprach, umrissen die Eckpfeiler und Grundfragen der Tagung: Weltpolitik habe sich seit seinen politischen Jugendjahren während der Studentenrevolte verändert - die alte Weltordnung gäbe es nicht mehr, die neue sei noch nicht etabliert. Zu wünschen sei, dass die Zukunft durch eine multipolare Weltordnung bestimmt werde, die durch ein System wechselseitiger Kooperation und gemeinsamer Regeln gekennzeichnet sei. Ziel müsse es sein, und hier fasste Fücks zusammen, was viele Redner später noch detaillierter ausführen sollten, die Volksrepublik China in dieses System einzubinden. Das hieße auch, Investitionen in innovative Kräfte Chinas vorzunehmen, statt den Weg des Protektionismus zu wählen, als altes Industrieland die Vorbildfunktion z.B. bei der Emissionsreduktion wahrzunehmen, gemeinsame und differenzierte Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten zu übernehmen, z.B. durch Technologietransfer und der gemeinsamen Emanzipation von der Abhängigkeit von fossilen Energien. Der globale Ressourcenkampf führe nur zu erpresserischen Maßnahmen des „Bündnisses autoritärer Regime“ (wie der „Shanghai Kooperation“) gegen die „Einmischung“ Amerikas und Europas. Daher sei die einzig sinnvolle Reaktion auf die neue Weltkonstellation die beschlossene

„Strategische Partnerschaft“ mit China. Die Tagung soll Licht in diese bisher schwammig definierte Formel bringen und klären, ob sie ein Wunschenken oder ein realistisches Politikziel basierend auf gemeinsamen Interessen und Zielen umschreibe.

Dabei gelte es, im Trialog das Verhältnis der drei „Player“ USA, EU und China zu klären. Im Panel 1 referierten stellvertretend für die amerikanische Perspektive David Shambaugh (Georg Washington University), für die chinesische Perspektive der Gastprofessor für Integrationsstudien an der Universität der Vereinten Nationen Song Xinning (urspr. Renmin Daxue) und für die EU Franz Jessen (Europäische Kommission). Während Jessen zunächst Chinas Ambitionen, eine stabile Weltmacht zu werden aus der historischen Perspektive heraus erklärte und der Volksrepublik ein „natürliches“ Bedürfnis dazu attestierte, hob er anschließend hervor, dass China und die EU ein grundlegend anderes Verständnis von der 2003 beschlossenen „Strategischen Partnerschaft“ hätten. Die chinesische Perspektive sei vorrangig durch militärstrategische Überlegungen geprägt, während die EU schon vor dem Beitritt Chinas zur WTO sich darum bemühte, China in globales Regelnetzwerk einzubinden. Das gemeinsame Thema der nächsten Jahre sei der Klimawandel. David Shambaugh beschrieb die amerikanische Position anhand von politischen, ökonomischen und sozialen Diskussionsmustern, die bis in das Jahr 1784 zurückreichen würden. Die alte Hoffnung auf eine offene Marktwirtschaft, ein demokratisches politisches System sowie die Durchsetzung von Menschenrechten und religiöser Freiheit bestehe weiterhin, heute stehe allerdings die Angst im Vordergrund, im pazifischen Raum isoliert und ausgegrenzt zu werden. Beim Chicago Global Council 2006 sei China auf der Beliebtheitskala kurz vor dem Irak, Iran und Saudi-Arabien eingeordnet worden, was die äußerst negative und skeptische Einstellung des amerikanischen Kongress' gegenüber dem Land beschreibe. Prof. Song hingegen kontrastierte diese beiden Einschätzungen mit dem chinesischen Missverständnis von einer zunehmenden „Autonomie“ der EU von den USA. China habe fälschlicherweise zu Zeiten des „Honeymoons“ 2003 geglaubt, die EU sei auf einem emanzipatorischen Pfad gegenüber den USA – doch nach jahrelangen fruchtlosen Verhandlungen habe sie erkennen müssen, dass hinter der Formel der strategischen Partnerschaft doch nur das alte Motiv des ökonomischen Wettbewerbs stehe. Von daher habe Hu Jintao auch unter dem Druck von hochrangigen ZK-Mitgliedern die Kehrwende eingeleitet und die EU wieder in der Relevanzhierarchie hinter den USA und Japan eingeordnet. Fritz Kuhn, Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen, fasste am Ende dieses ersten Panel die deutsche Chinapolitik unter den Schlagworten „Wandel durch Annäherung“ zusammen. Keine Demokratie sei, so Kuhn, entstanden, weil man es von außen befohlen habe.

In der Diskussion wurden weitere wichtige Aspekte der multi- und bilateralen Beziehungen wie die mögliche G8/9-Mitgliedschaft Chinas und Chinas neue Rolle

als globale verantwortungsbewusste Vermittlerin in diplomatischen Krisensituationen angesprochen.

Diese Aspekte konnten dann in dem Panel 2 unter dem Titel „China als Partner oder Gegenspieler *des Westens* in der Weltpolitik“ vertieft werden. Gudrun Wacker (Stiftung Wissenschaft und Politik), Reinhard Bütikofer (Bundesvorsitzender Bündnis 90/ Die Grünen), Xue Li (Chinese Academy of Social Sciences) und Barbara Unmüßig (Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung) diskutierten die neue Rolle Chinas in der Weltpolitik. Wacker entzauberte die Wirtschaftsdaten der Handelsstatistiken und hob darüber hinaus hervor, dass die Hälfte Chinas Exportleistungen von ausländischen Unternehmen getätigt würden. Die Wahrnehmung Chinas als „Gefahr“ würde maßgeblich durch solch „einseitige“ Daten geschürt, entbehre aber jeglicher Grundlage. Auch die amerikanische Perspektive auf China wurde als unflexibel beschrieben, da China nie genügen könne, so lange nicht eine grundsätzliche Veränderung des politischen Systems vorgenommen würde. Wacker hob hervor, dass China weiterhin auf der Basis des Doppelcharakters - einerseits Großmacht, andererseits Entwicklungsland - agieren werde. So hätte es einen Shift hin zu globaler Verantwortungsübernahme und der Beteiligung an Friedenseinsätzen gegeben, aber in anderen Fragen wie Klimaschutz und Rohstoffmärkten würde Verantwortungsübernahme abgelehnt. Schließlich sei China auf das Öl aus dem Iran angewiesen, mit einem Regimewechsel würde China alle Verträge verlieren. Auch Xue Li hob hervor, dass die Beziehungen Chinas zum Iran notwendig seien. Bütikofer machte deutlich, dass die Durchsetzung der Menschenrechte in China vor allem an die Einsicht der chinesischen Regierung gebunden seien, dass dies im eigenen Interesse geschehe. Das neue Gesetz zu Todesstrafen, wonach diese nur durch die Konsultation des obersten Gerichtshofes verhängt werden dürften, sei ein Beispiel für Fortschritte in die richtige Richtung.

Die drei Workshops zu Non-Proliferation (Nichtverbreitung von Atomwaffen), Ressourcen- und Energiepolitik sowie zu Demokratie und Menschenrechte waren ebenfalls mit chinesischen, deutschen und amerikanischen ausgewiesenen Spezialisten auf den jeweiligen Gebieten besetzt, so dass regelrechte „Fachdialoge“ zu vertiefenden Einsichten führten. So diskutierten Ex-Botschafter, Mitglieder des German Marshall Funds, Stiftungsvertreter aus Indien und amerikanische Regierungsberater über die nukleare Bedrohung im pazifischen Raum. Die realistische Einschätzung des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs sowie die Chancen zur Durchsetzung von universal gültigen Menschenrechten wurden äußerst kritisch und mit fundiertem Hintergrundwissen von Axel Berkofsky (Europäisches Politikzentrum), Frauke Seidensticker (Deutsches Institut für Menschenrechte) und Song Xinning diskutiert. Das Grundproblem einer fehlenden gemeinsamen Definition von Menschenrechten sowie die Uneinigkeit der EU-Mitgliedsstaaten verdamme das Projekt Menschenrechte zum Scheitern – so der Konsens. Energie- und Ressourcenfragen wurden vom CDU/CSU Abgeordneten Heinrich Kreft, der

Beraterin des Chefberaters der Bundeskanzlerin Jennifer Morgan und dem Ex-CIA Spezialisten für Öl- und Gasfragen Robert Ebel diskutiert.

Der Panel 3 war erneut der sicherheitsstrategischen Debatte gewidmet. Besondere Aufmerksamkeit wurde Chinas neuer Regionalpolitik und dem erfolgreichen Shift der US-amerikanischen Chinapolitik von einer wettbewerbsorientierten hin zu einer konstruktiven Partnerschaft geschenkt. Im Abschlusspanel stritten sich Eberhard Sandschneider (DGAP), David Shambaugh, Jürgen Trittin (MdB Bündnis 90/ Die Grünen) und Zhang Tiejun (Shanghai Institut of International Studies) über Zukunftsperspektiven der EU-Chinapolitik. Während Sandschneider und Shambaugh eine scheinbar 25 Jahre alte Debatte für die Öffentlichkeit erneut aufwärmten – nämlich die vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Gemeinsamkeiten der Interessen der USA und der EU gegenüber China – wies Trittin darauf hin, dass die Politik „des Westens“ so nicht existiere, dass eine EU-Chinapolitik erst definiert werden müsse und dass die neuen Akteure der Weltpolitik ernst genommen werden müssten. Ex-Botschafter Volker Stanzel (Direktor Auswärtiges Amt) hob in seinem hervorragendem Schlussplädoyer schließlich vor dem Hintergrund der Entwicklung der letzten 30 Jahre die schon vollzogene Integration Chinas in die schon vorhandene multipolare Weltordnung hervor. Chinas ureigenes Problem sei es nun, die extrem schnell erreichte neue weltpolitische Position mit entsprechender kompetenter Manpower auszustatten – und leere Worthülsen wie die „Harmonische Gesellschaft“ auch füllen zu können.

Abschließend bleibt positiv hervorzuheben, dass die klare Strukturierung der Konferenz entlang von durchdachten Leitfragen bestückt mit guten ReferentInnen und fast durchweg gelungener Moderation Vorbildcharakter für Tagungsorganisationen verdient.

Nora Sausmikát